

## **AK fordert für Oberösterreichs Krankenhäuser rasche Personalaufstockung um 20 Prozent**

Für die oberösterreichischen Krankenhäuser braucht es dringend verbindliche Personalberechnungsmodelle, die den heutigen Anforderungen gerecht werden – von einem modernen Pflegeverständnis bis zur Zunahme von Demenzkranken. Das zeigt eine aktuelle Studie der AK Oberösterreich. Mehr Personal ist unbedingt notwendig, denn verschiedene Entwicklungen bringen die Beschäftigten an die Grenzen der Belastbarkeit – und darüber hinaus. „Wir fordern eine rasche Personalaufstockung um 20 Prozent, verteilt über alle Berufsgruppen“, sagt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

### **Pflege wird immer wichtiger**

In den 14 oberösterreichischen Krankenhäusern arbeiten an 18 Standorten – neben Ärztinnen und Ärzten – rund 25.000 Beschäftigte, davon rund 16.000 direkt in der Pflege, als Hebammen, in medizinisch-technischen und medizinischen Assistenzberufen sowie in weiteren Gesundheitsberufen. Mehr als 80 Prozent sind Frauen, etwa die Hälfte der Beschäftigten arbeitet in Teilzeit. Sie leisten täglich hochprofessionelle Arbeit und tragen dazu bei, dass im Jahr knapp 537.000 stationäre Aufenthalte, tausende Ambulanzbesuche, Therapien, Labortests und viele weitere Tätigkeiten mit einem hohen Qualitätsstandard durchgeführt werden.

### **Studie zeigt Versäumnisse des Landes**

In einer qualitativen Studie hat die AK Oberösterreich die derzeitige Arbeitssituation in den oberösterreichischen Krankenhäusern erhoben. Neben einer Literaturanalyse, exemplarischen Zeitaufzeichnungen und Blitzlichtabfragen bei Betriebsräten/-innen und Beschäftigten wurden über 200 Gespräche mit unterschiedlichen Akteuren/-innen geführt: u.a. mit Pflegekräften, Hebammen, Angehörigen der MTD und MAB-Berufe, Angehörigen der unterstützenden Berufe, Betriebsratsmitgliedern, Pflegedirektoren/-innen sowie Bereichs- und Stationsleitern/-innen.

### **Beschäftigte extrem belastet**

**Fazit der AK-Studie:** Ein stark verändertes Leistungsangebot, ein neues Pflegeverständnis, die massive Zunahme von Demenzkranken, die Veränderung der Beschäftigtenstruktur in den Krankenhäusern sowie die Nichtbeachtung von Krankenständen oder Weiterbildungen belasten die Beschäftigten enorm und gefährden die Versorgungsqualität. Es braucht dringend **neue leistungsorientierte Modelle der Personalberechnung** und eine ausreichende Finanzierung der berechneten Dienstposten. **Knappe Personalbesetzungen sind ein Hauptgrund für die belastenden Arbeitsbedingungen.** Die verwendeten Berechnungsmodelle entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen und Aufgaben im Krankenhaus. „Damit die Beschäftigten in Oberösterreichs Krankenhäusern gesund das Regelpensionsalter erreichen können und damit die hohe Versorgungsqualität für die Patientinnen und Patienten erhalten bleibt, muss das Personal – verteilt über alle Berufsgruppen – möglichst rasch um 20 Prozent aufgestockt werden“, verlangt AK-Präsident Kalliauer. Es geht um rund 2.500 Vollzeitäquivalente. Damit soll garantiert sein,

- dass Ausfallszeiten (Krankenstände, Urlaube, Weiterbildungen, Umkleidezeiten) in den Personalberechnungen verbindlich berücksichtigt werden können.
- Schwangerschaften ab dem Tag der Meldung im Dienstpostenplan entsprechend berücksichtigt werden können und sofortiger Ersatz ermöglicht wird.
- verbindliche Regelungen für die Besetzung der Nacht- und Wochenenddienste inkl. Qualifikationsniveau geschaffen werden und diese nicht zulasten der Tagesbesetzung gehen.
- zusätzliche Zeitressourcen für alle Bereiche, in denen vermehrt Patienten/-innen mit Demenz betreut werden, geschaffen werden.
- Unterstützungsberufe zur Entlastung der Gesundheitsberufe wie Abteilungshilfen, Stationssekretariate etc. eingesetzt werden.
- ein verstärkter Fokus auch auf die Dienstpostenpläne und Arbeitsbedingungen aller weiteren Berufsgruppen im Krankenhaus (wie Küche, Reinigung, Verwaltung, Wäscherei, Haustechnik etc.) gelegt wird.

Längerfristig muss die Tätigkeit aller Berufsgruppen im Krankenhaus arbeitswissenschaftlich bewertet werden und sich in transparenten, gesetzlich verbindlichen Personalbedarfsberechnungen abbilden.

**Als Garantie für eine zukunftsorientierte Versorgungs- und Arbeitsqualität in Oberösterreichs Krankenhäusern muss die Landesregierung sich klar zur öffentlichen Finanzierung der Gesundheitsleistungen bekennen und die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.**